Bebauungsplan Nr.74, 1. Änderung < Schlei- Terrassen >der Stadt Kappeln

Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 2 BauGB / § 4 Abs. 2 BauGB, Auslegung vom 05. Juni bis 06. Juli 2020
Es wurden folgende Stellungnahmen abgegeben:

lfd. Nr.	angeschriebener TÖB	Schreiben vom	Anregung	Abwägung
1.	Amt Schlei-Ostsee Gemeinden Brodersby, Karby und Winnemark	16.06.2020	Die beteiligten Nachbargemeinden Winnemark und Karby und Brodersby haben keine Bedenken oder Anregungen zu dieser Bauleitplanung vorzubringen.	Wird zur Kenntnis genommen
2.	LLUR UFB Flensburg Abteilung: LLUR UFB Flensburg	17.06.2020	der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 74 der Stadt Kappeln berührt keine Flächen die den Bestimmungen des Landeswaldgesetzes unterliegen. Forstbehördliche Belange sind in der vorliegenden Planung nicht betroffen.	Wird zur Kenntnis genommen.
3.	LLUR Nord Flensburg Abteilung: Immissionsschutz Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Regionaldezernat Nord - Technischer Umweltschutz-	24.06.2020	gegen die Durchführung der geplanten Maßnahme bestehen aus der Sicht des Immissionsschutzes von hier aus erhebliche Bedenken. Es wird auf meine bisherige Stellungnahme zum Ursprungsplan verwiesen. Weiterhin sind die in der Begründung genannten Punkte zum Immissionsschutz nicht nachvollziehbar. Die angeführten möglichen Überschreitungen, beziehen sich nur auf die Zusatzbelastung durch die Immissionen aus dem Sportboothafen des Plangebietes. Die Belastungen (Vorbelastungen) aus dem gegenüberliegenden Nutzungen wurden dabei nicht erwähnt und für die entstehende Immissionssituation nicht berücksichtigt. Erhebliche Belästigungen für die betroffenen Bewohner sind somit nicht auszuschließen.	Die geplanten Liegeplätze auf der Westseite der Schlei wurden in den Berechnungen bereits berücksichtigt. Im nördlichen Bereich des B-Planes Nr.74 werden an der westlichen Wohngebietsgrenze Pegel von 36 dB(A) am Tag und in der Nacht erreicht. Der Immissionsrichtwert der 18.BImSchV für allgemeine Wohngebiete von 50 dB(A) am Tag innerhalb der Ruhezeiten und 40 dB(A) in der Nacht wird somit eingehalten. Im südlichen Bereich des B-Planes Nr.74 werden an der westlichen Wohngebietsgrenze Pegel von 39 dB(A) am Tag und in der Nacht erreicht. Der Immissionsrichtwert für allgemeine Wohngebiete von 50 dB(A) am Tag innerhalb der Ruhezeiten und 40 dB(A) in der Nacht wird somit eingehalten.

7.	Kreis Schleswig-Flensburg Der Landrat SG Regionalentwicklung	06.07.2020	<p>der vorbeugende Brandschutz weist auf Folgendes hin</p> <ul style="list-style-type: none"> • Für das Bauvorhaben ist eine den Vorgaben des Arbeitsblattes W 405 des DVGW entsprechende Löschwasserversorgung sicherzustellen. In diesem konkreten Fall sind hierfür 96 m³ / h über einen Zeitraum von 3 Stunden vorzuhalten. • Gem. der Information zur Löschwasserversorgung des AGBF-Bund- sollen die Abstände neu zu errichtender Hydranten 150 m nicht überschreiten. Hierbei soll die Entfernung zwischen der ersten Entnahmestelle und dem jeweiligen Gebäude an der Straßenkante nicht mehr als 75 m betragen. • Die Muster-Richtlinie über die Flächen für die Feuerwehr sind zu beachten und umzusetzen. • Auf Grund der ausschließlich auszuführenden weichen Bedachung wird vorsorglich auf den § 33 (2) „Dächer der LBO SH und den darin beschriebenen Abständen hingewiesen. <p>Die Untere Naturschutzbehörde weist darauf hin, dass im nordöstlichen Bereich des Plangebietes wird in Bereiche des FFH-Gebietes DE-1423-394 und gern. § 30 Bundesnaturschutzgesetz geschützte Biotop eingegriffen. Erforderliche Ausnahmen/ Befreiungen für den Eingriff werden in Aussicht gestellt und sind gesondert zu beantragen.</p> <p>Gegen die Planung bestehen seitens der unteren Wasserbehörde keine grundsätzlichen Bedenken. Der Änderungsbereich ist bei der Abwasserbeseitigung (SW und RV) und im eingereichten Einleitungserlaubnis-antrag zur Einleitung des Niederschlagwassers aus dem Bereich des B-Planes 74, in die Schlei, mitberücksichtigt worden.</p> <p>Die untere Bodenschutzbehörde weist auf Folgendes hin: Altlasten: Es bestehen kein Bedenken, wenn folgende Auflage umgesetzt wird: Auflage: Bei Rückbau der folgenden Anlagen !ist eine gutachterliche Begleitung durch einen nach § 18 Bundes-Bodenschutzgesetz anerkannten Sachverständigen durchzuführen:</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und bei der Planung berücksichtigt.</p> <p>Erforderliche Ausnahmen/Befreiungen werden gesondert beantragt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Auflage wird zur Kenntnis genommen und der Vorhabenträger diesbezüglich informiert.</p>
----	--	------------	---	---

8.	Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes Wasserstraßen- und Schiff- fahrtsamt Lübeck	08.06.2020	<p>gegen die o. g. 1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 74 habe ich grundsätzlich keine Bedenken. Zur Wahrung meiner Belange bitte ich Folgendes in den Plan aufzunehmen: Für die Errichtung baulicher Anlagen jeglicher Art wie z.B. Stege, Brücken, Bühnen, Bojenliegeplätze, Baggerungen usw., die sich über die Mittelwasserlinie hinaus in den Bereich der Bundeswasserstraße erstrecken, ist eine strom- und schifffahrtspolizeiliche Genehmigung nach § 31 Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG) erforderlich. Anlagen und ortsfeste Einrichtungen aller Art dürfen gemäß § 34 Abs. (4) des Bundeswasserstraßengesetzes (WaStrG) in der derzeit gültigen Fassung weder durch ihre Ausgestaltung noch durch ihren Betrieb zu Verwechslungen mit Schifffahrtszeichen Anlass geben, deren Wirkung beeinträchtigen, deren Betrieb behindern oder die Schiffsführer durch Blendwirkungen, Spiegelungen oder anders irreführen oder behindern. Wirtschaftswerbung in Verbindung mit Schifffahrtszeichen ist unzulässig. Von der Wasserstraße aus sollen ferner weder rote, gelbe, grüne, blaue noch mit Natriumdampf-Niederdrucklampen direkt leuchtende oder indirekt beleuchtete Flächen sichtbar sein. Anträge zur Errichtung von Leuchtreklamen usw. sind dem WSA Lübeck daher zur fachlichen Stellungnahme vorzulegen. Da das geplante Bauvorhaben unmittelbar an der Bundeswasserstraße Ostsee liegt, bezieht sich die Forderung, Errichtung von Leuchtreklamen, auch auf die Baustellenbeleuchtung. Ich bitte, meine Auflagen im Bebauungsplan zu berücksichtigen. Im Rahmen der Genehmigungsplanung ist die Abstimmung bezüglich der Abstände der Hafenanlagen zum Fahrwasser mit dem WSA Lübeck erforderlich. Die geplanten Anlagen, die sich von der Mittelwasserlinie in die Bundeswasserstraße erstrecken, müssen nach § 31 Bundeswasserstraßengesetz mit einer strom- und schifffahrtspolizeilichen Genehmigung gesondert beantragt und genehmigt werden. Im Bereich des geplanten südlich gelegenen Hafens befinden sich mehrere strom- und schifffahrtspolizeilich genehmigte Anlagen mit entsprechenden Nutzungsverträgen über die Inanspruchnahme eines Teilbereiches der Fläche der Bundeswasserstraße.</p>	Die Hinweise werden mit auf der Planzeichnung aufgenommen.
----	--	------------	--	--

			<p>Es handelt sich um eine Dalbenanlage mit Schiffs Liegeplätzen, um einen Starkstromdüker, um Einleitungsbauwerke, um Uferbefestigungen und um einen Düker für Kommunikationskabel. Diese Anlagen dürfen in ihrer Funktionsfähigkeit und Sicherheit durch die Planungen nicht beeinträchtigt werden. Die Lage entnehmen Sie bitte dem anliegenden Auszug aus der digitalen Bundeswasserstraßenkarte.</p> <p>Hinweisen möchte ich darauf, dass eventuell Fischereirechte bei der Planung zu beachten sind. Es befindet sich nahe des Planungsbereiches zum Beispiel eine Bundgarnanlage.</p>	
9.	Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz SH	03.07.2020	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 74 „Schleiterrassen“ der Stadt Kappeln für das Gebiet „Teilbereich der südlich des geplanten Sportboothafens liegenden Baufelder 2 bis 4“ nehme ich hinsichtlich der Belange des Küsten- und Hochwasserschutzes wie folgt Stellung:</p> <p>Das neue Landeswassergesetz (LWG) vom 13.11.2019 ist am 01.01.2020 in Kraft getreten. Dadurch ergeben sich u.a. Änderungen in der Nummerierung der Paragraphen gegenüber der zuletzt gültigen Fassung (§ 77 alt → § 80 neu; §§ 78, 79 alt → § 81 neu; § 80 alt → § 82 neu, § 150 alt → § 113 neu). Ich bitte die Änderungen des neuen LWG in der Planzeichenerklärung unter „III. Nachrichtliche Übernahme“ entsprechend zu korrigieren.</p> <p>Nach § 82 Abs.1 Nr. 3 LWG gibt es in einer Entfernung bis zu 150 m landwärts von der oberen Böschungskante eines Steilufers und nach § 82 Abs. 1 Nr. 4 LWG in den Hochwasserrisikogebieten an der Küste (§ 59 Abs. 1 Satz 2) Bauverbote. Hier dürfen bauliche Anlagen nicht errichtet oder wesentlich geändert werden.</p> <p>Außerhalb des Plangebietes befindet sich am nördlichen Küstenabschnitt ein Steilufer, dessen 150 m - Bauverbotszone in den Geltungsbereich der B-Plan-Änderung hineinreicht. Sie ist der Planzeichnung zu entnehmen. Der räumliche Geltungsbereich der B-Plan-Änderung befindet sich nordwestlich teilweise im Hochwasserrisikogebiet. Für diesen Küstenabschnitt wird in der Hochwassergefahrenkarte der maßgebliche Referenzwasserstand von NHN + 2,60 m (Küstenhochwasser, HW200) abgebildet. Eine entsprechende Darstellung ist in der Planzeichnung enthalten.</p>	Der § 80 wird in § 82 LWG geändert.

		<p>Der behördlicherseits zu fordernde Hochwasserschutz für Bauwerke und Nutzungen orientiert sich am Referenzwasserstand HW200. Dies bedeutet, dass in diesem Küstenabschnitt im Hochwasserrisikogebiet für Gewerbenutzung sowie Verkehrs- und Fluchtwege mindestens eine Höhe von NHN + 2,60 m einzuhalten ist, für Wohnnutzung und die Lagerung wassergefährdender Stoffe eine Höhe von mindestens NHN + 3,10 m.</p> <p>Zur Begrenzung der Hochwasserrisiken soll die Möglichkeit der Errichtung baulicher Anlagen in den Hochwasserrisikogebieten nur dann eröffnet werden, wenn dort ein ausreichender Schutz vor Hochwasser vorhanden ist. Dieser Schutz kann gewährleistet werden durch einen Landesschutzdeich oder eine Schutzanlage, die einen einem Landesschutzdeich vergleichbaren Schutzstandard aufweist <u>oder</u> bei Baumaßnahmen, durch erforderliche Schutzvorkehrungen die mit der Herstellung der baulichen Anlage errichtet werden (siehe § 82 Abs. 2 Nr. 6 LWG). Ein Landesschutzdeich oder Schutzanlagen mit einem dem Landesschutzdeich vergleichbaren ausreichenden Schutzstandard existieren hier nicht.</p> <p>Hochwasserschutzmaßnahmen einzelner baulicher Anlagen können durch die Bauausführung (z. B. hoch gelegene Gebäude) oder hochwasserangepasste Nutzung im unteren Gebäudebereich (z. B. Garage statt Wohnraum) geschaffen werden.</p> <p>Bauliche Anlagen im Sinne des LWG sind im ausgewiesenen Risikogebiet nur im nordwestlichen Bereich des Baufeldes WA 2 und im Sonstigen Sondergebiet - Sportboothafen vorgesehen. Dies bitte ich in der Planzeichenerklärung unter „III. Nachrichtliche Übernahme“ zu überarbeiten (Teilweise außerhalb des Geltungsbereichs).</p> <p>Garagen, Carports sowie Stellplätze im Hochwasserrisikogebiet des Baufeldes WA 2 werden der hochwasserangepasste Nutzung zugeordnet. Vorgaben zum Hochwasserschutz bezüglich des Sonstigen Sondergebietes - Sportboothafen wurden unter Ziffer 6. des Teil B (Text) aufgenommen. Die Änderung der nördlichen Baugrenzen der Baufelder WA 2 bis WA 4 in Richtung oberer Böschungskante des Steilufers werden nicht als wesentliche Änderung betrachtet. Die Bauverbote gemäß § 82 Abs. 1 Nr. 3 und 4 LWG treffen somit nicht zu.</p>	<p>In der Planzeichenerklärung wird Teilweise außerhalb des Geltungsbereiches zugefügt.</p>
--	--	---	--

		<p>Der Bezug zur Übergangsvorschrift § 113 LWG (§ 150 alt) in der Begründung ist nichtzutreffend. Der B-Plan Nr. 74 hat sich bereits aus den rechtswirksamen F-Plänen entwickelt. Der betreffende Abschnitt unter „3. Planungsanlass und Planerfordernis“ der Begründung ist somit zu löschen.</p> <p>Darüber hinaus besteht die Regelung, dass die Errichtung, Beseitigung oder wesentliche Änderung von Anlagen an der Küste oder im Küstengewässer nach § 80 LWG genehmigungspflichtig sind.</p> <p>Bei der Planung wie Rampen, Zugänge und Zufahrten zur Wasserfläche sowie Ufersicherungen bitte ich um rechtzeitige Beteiligung, da es sich in der Regel um Anlagen an der Küste oder im Küstengewässer nach § 80 LWG handelt.</p> <p>Dabei unterliegen die Errichtung, der Abbruch oder wesentliche Änderung von Einleitstellen in die Schlei ebenfalls der Genehmigungspflicht nach § 80 LWG. Für die Einleitstellen E 1 und E 3 des Niederschlagswassers bezüglich des B-Planes Nr.74 wurde am 23.06.2020 eine küstenschutzrechtliche Genehmigung nach § 80 LWG erteilt. Sollte sich aufgrund der überplanten Bebauung des B-Planes eine Änderung der Einleitstellen ergeben, ist dies dem LKN.SH schriftlich mitzuteilen.</p> <p>Genehmigungen nach § 80 LWG können erteilt werden, wenn keine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere der Belange des Küstenschutzes oder der öffentlichen Sicherheit zu erwarten ist, die nicht durch Auflagen verhütet oder ausgeglichen werden können.</p> <p>Genehmigungspflichten nach anderen Rechtsvorschriften bleiben davon unberührt.</p> <p><u>Hinweise</u> Vorsorglich weise ich darauf hin, dass eine rechtskräftige Bauleitplanung, die unter Beteiligung der zuständigen Küstenschutzbehörde aufgestellt wurde, nicht für den Einzelfall erforderliche küstenschutzrechtliche Genehmigungen nach LWG ersetzt. Ich bitte mich entsprechend zu beteiligen.</p> <p>Sofern kein Baugenehmigungsverfahren nach LBO oder ein Genehmigungsverfahren nach § 96 LWG (Sportboothafen) notwendig ist, sind die Genehmigungen direkt beim LKN.SH zu beantragen.</p> <p>Es besteht die Gefahr von Küstenabbrüchen durch einen zu erwartenden Meeresspiegelanstieg und steigende Wasserstände bei Sturmflutereignissen der Ostsee. In den</p>	<p>Der Passus wird aus der Begründung gestrichen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und beachtet.</p>
--	--	---	--

		<p>Küstenbereichen kommt es durch Klimaveränderungen und den zu erwartenden Meeresspiegelanstieg zukünftig zu erhöhten Gefährdungen.</p> <p>Bei Ausweisung von Baugebieten in gefährdeten Bereichen bestehen gegenüber dem Land Schleswig-Holstein keine Ansprüche auf Finanzierung oder Übernahme notwendiger Schutzmaßnahmen sowie küstenschutzrechtliche Genehmigung von Küstensicherungsmaßnahmen.</p> <p>Auf Grund dieser Stellungnahme können Schadenersatzansprüche gegen das Land Schleswig-Holstein nicht geltend gemacht werden. Eine gesetzliche Verpflichtung des Landes zum Schutz der Küste vor Abbruch und Hochwasserereignissen sowie für eine Entschädigung bei Hochwasser- und Eisschäden besteht nicht und kann aus dieser Stellungnahme nicht abgeleitet werden.</p>	
--	--	--	--